

presse

Hochschulen: Ohne bessere Grundfinanzierung keine gute Lehre

Zur Stellungnahme des Wissenschaftsrates zur Stärkung der universitären Lehre erklärt der zuständige Berichterstatter Swen Schulz und der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst Dieter Rossmann:

Ministerin Schavans Idee, die Personallücke an den Hochschulen vorübergehend durch ein stärkeres Engagement der außeruniversitären Forschungsorganisationen zu überbrücken, geht am Ziel vorbei. Erstens besteht die Personallücke nicht nur in den kommenden Jahren, sondern hat sich aufgrund der chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen und der steigenden Studierneigung verfestigt. Und zweitens haben die Forschungsorganisationen andere Aufgaben, anstatt zusätzlich noch Kernaufgaben der Hochschulen übernehmen zu können.

Notwendig ist es vielmehr, die Finanzausstattung der Hochschulen zu verbessern. Damit könnten eine Personaloffensive gestartet und eine qualitative Lehre bei steigenden Studierendenzahlen sichergestellt werden. Der Vorstoß des Wissenschaftsrates, dem Bund mehr Möglichkeiten in der Hochschulfinanzierung einzuräumen, weist in die richtige Richtung.

Die zunehmende intensive Zusammenarbeit von außeruniversitären Forschungsorganisationen und Hochschulen ist immer zu begrüßen. Die Organisationen leisten bereits einen großen Beitrag in der Lehre und der Nachwuchsausbildung und haben ein umfangreiches Aufgabenprofil. Die Hochschullehre kann über sie aber kaum spürbar oder dauerhaft geleistet

werden. Zudem müssen die Hochschulen ihr Personalmanagement verbessern und dürfen nicht auf die Drittmittelquote wie das Kaninchen auf die Schlange starren. Wichtigster Drittmittelgeber bleibt die öffentliche Hand, so dass ein spektakulärer Wegfall der Mittel als worst case unrealistisch ist. Dann aber kann dies als Begründung ihrer Personalzurückhaltung nicht überzeugen. Auch die Hochschulen bleiben in der Pflicht. Und schließlich darf sich die notwendige Reform der Bildungsverfassung nicht auf die Hochschulen beschränken. Bund und Länder brauchen bessere Kooperationsmöglichkeiten gerade auch im frühkindlichen oder schulischen Bereich.